

Das Unbehagen an der Freiheit – Warum die beste aller Welten als eine schlechte Welt gilt

Thomas Schmid
Chefredakteur „Die Welt“

„Ludwig Erhards Handeln zeigt: Es gibt Situationen, in denen man ganz alleine ist und in denen man sich dem Druck der Mehrheit, die alle Evidenz auf ihrer Seite zu haben scheint, nicht beugen sollte.“

Im kommenden Jahr werden wir uns inmitten ausgedehnter Feierlichkeiten befinden. Ein doppeltes Jubiläum wird zu begehen sein. Erstens wird die Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt werden, also in die Sphäre des Vorruhestands vorstoßen. Und zweitens wird es im kommenden Jahr 20 Jahre her sein, dass die DDR ihren unseligen Geist aufgab. Es wird ein prächtiges Feiern werden, zu Recht.

Man wird die Gründung der Bundesrepublik aus dem Geist des Westens feiern und die kühne Tat kraft Konrad Adenauers loben, der den Grundriss dieser Republik gegen die antiwestliche, antipragmatische Haltung der Mehrheit der Westdeutschen durchsetzte, ja durchdrückte: eine Tat, mit der zumindest ein beträchtlicher Teil der Deutschen vom alten, gefährlichen Pfad macht- und waffenbewehrter Innerlichkeit abgebracht wurde. Und man wird das glückliche Ende des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats, der ein Staat gegen Arbeiter, Bauern und Bürger war, als einen originären deutschen Freiheitsakt werten: als die erste erfolgsgekrönte deutsche Erhebung, die erstens friedlich, also auch zivil, verlief und die zweitens keinen totalitären Unterstrom hatte, sondern ganz einfach Anschluss an die Tradition westlicher Demokratien suchte.

Schön, dass wir das feiern werden. Doch es könnte sein, dass diese Feierlichkeiten etwas einseitig ausfallen. Insofern nämlich, als es, zumindest auf den ersten Blick, in beiden Fällen um reine politische Ereignisse gehen wird – fast möchte man sagen: im Sinne Hannah Arendts. Wohl weiß zwar jeder, dass die Gründung der Bundesrepublik 1949 eine Station auf dem Weg der Westdeutschen in eine Gesellschaft des Wohlstands war; und wohl wissen auch alle, dass die vermurkste DDR nicht zuletzt deswegen zusammenbrach, weil das Regime nicht mehr in der Lage war, die materiellen Bedürfnisse

der Bürger auch nur annähernd zu befriedigen. Doch es mag mit dem großen ideellen Erbe zu tun haben, das uns tief in den Kleidern sitzt, wenn wir diese beiden glücklichen Momente deutscher Geschichte hauptsächlich als rein politische Willensakte sehen: als Momente, in denen der Mensch als edler Akteur tätig war, der die res publica und nur sie im Sinne hatte.

Was fehlt da? Es fehlt das Materielle, die Wirtschaft, das Interesse, der Eigennutz. In ihrem Fehlen kommt eine eigentümliche Verschämtheit zum Ausdruck. So als wäre ein Umbruch, hinter dem materielle Interessen und der Wunsch nach Wohlergehen stehen, etwas weniger wert, etwas weniger glanzvoll, etwas weniger gesellschaftsbegründend. Es liegt auf der Hand: In dieser Haltung klingt der alte Vorbehalt gegen das wirtschaftliche Handeln nach, das als unrein und eben durch Eigennutz kontaminiert gilt. Wo Interessen im materiellen Sinne im Spiel sind, hat – so eine deutsche Denkfigur – das Gute keine Chance.

Ich halte das für einen beträchtlichen Konstruktionsfehler unseres Geisteslebens, der uns daran hindert, der Wirklichkeit gerecht zu werden sowie Wirtschaft und Politik in eine Balance zu bekommen. Und der uns hindert, ein anderes konstitutives deutsches Datum angemessen zu würdigen: eines, das sich in diesem Jahr – und zwar am 20. Juni – zum 60. Mal gejährt hat: Ich meine die Währungsreform von 1948. Weil sie vor drei Monaten nicht annähernd so gewürdigt worden ist, wie es angemessen gewesen wäre, nehme ich mir die Freiheit, auf ein schon verfallenes Jubiläum zurückzukommen und damit auch auf den eigentlichen Vater der Währungsreform: auf Ludwig Erhard, der zum Namensgeber des Preises wurde, den ich heute entgegennehmen darf. Von ihm will ich erzählen.



*Erhard war der Revolutionär,
nicht Adenauer*

Helmut Kohl hat einmal gesagt, er sei zumindest in Wahlkampfzeiten entschieden dagegen, dem Publikum ordnungspolitisch reinen Wein einzuschenken. Denn schließlich wolle er nicht den Ludwig-Erhard-Preis, sondern Wahlen gewinnen. Dieser Spott ist bezeichnend. Natürlich spricht aus ihm auch das realitätsgesättigte Überlegenheitsgefühl eines Politikers, der wie kaum ein zweiter weiß, dass der Wähler am Ende doch immer der alte Adam ist. Doch da ist noch mehr – etwas, das tiefer zurückreicht. Denn in *Kohls* Sottise über die feine, kleine, angeblich aber recht unerhebliche Welt der Ordoliberalen klingt jene Verächtlichkeit nach, die *Konrad Adenauer* schon ziemlich früh gegenüber seinem Wirtschaftsminister an den Tag gelegt hat.

Natürlich hatte die auch persönliche Gründe. Die beiden mochten sich nicht besonders, und das mag damit zu tun haben, dass der eine Franke und der andere Rheinländer war, oder schlicht damit, dass sie beide schwierig und auf je eigene Weise Eigenbrötler waren. Und natürlich auch damit, dass *Adenauer* seinen späteren Nachfolger im Kanzleramt früh schon für im Grunde unpolitisch gehalten hat – was er ja ab und an gerne zu Protokoll gab, insbesondere in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, als er zuerst die Kanzlerschaft *Erhards* verhindern wollte und dann den Kanzler *Erhard* in Misskredit zu bringen versuchte.

Doch es ist mehr. Das eigentümliche Verhältnis zwischen *Adenauer* und *Erhard* enthält ein Echo auf eine eingübte Konstellation. Hier der große Staatsmann und Strippenzieher *Adenauer*, der alles in sich vereint: strategische Weitsicht, die Fähigkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen, und nicht zuletzt das Erfahrungswissen, dass erfolgreiche Politik immer auch ein Geschäft der Publikumstäuschung ist – worin *Adenauer*, der kein Vertrauen in das demokratische Vermögen der Deutschen hatte, zweifellos ein Meister war. Und dort der umtriebige Wirtschaftsminister, der für den Kleinkram, die materielle Grundlage, zuständig ist: dafür also, dass das Volk, *Heinrich Heines* großer Lummel, nicht aus der Art schlägt. Dort also der emsige Wirtschaftsminister, der freilich, aller Mühe um die unspektakuläre Wirtschaft zum Trotz, das Professorale doch nie ganz los wird – und den man daher leicht als eine Art Phantasten, als maßlosen Wirtschaftsradikalen oder eben auch

als weltfremd hinstellen kann: der kleine *Ludwig*, der sich um unser aller Wohlergehen kümmert. Das alte Modell also: Der wahre Politiker zieht die großen Linien, der Wirtschaftsfachmann möge bitte bei seinen unspektakulären Leisten bleiben.

Heute beruft man sich gerne – bis hinein in die Linkspartei – auf *Ludwig Erhard*. Meist sehr zu Unrecht. Denn man macht *Erhard* zum Apostel einer sozial eingehetzten, ja sozial dominierten Marktwirtschaft, in der das Soziale groß geschrieben und der Markt allenfalls billigend in Kauf genommen wird. In dieser Sicht, in der allein die überlebensgroße Figur *Adenauers* die frühe Geschichte der Bundesrepublik überstrahlt, wird die eigentliche Leistung *Erhards* grotesk unterbewertet. Gemeinhin schreibt man allen Gründungsmut der Nachkriegszeit dem ersten Bundeskanzler zu: Wie im Alleingang schuf er die konfessionsübergreifende Partei, die in beiden christlichen Kirchen Gegner hatte. Ganz allein setzte er, gegen massive Widerstände auch im eigenen Lager, die Westbindung, den antikommunistischen Kurs, die Gründung der Bundeswehr und eben auch die Soziale Marktwirtschaft durch. Während *Erhard* lange als der leicht beschränkte Wirtschaftsfachmann galt, der erfolgreich für die Butter auf dem Brot zuständig war, galt *Adenauer* als der erhabene Visionär, der gegen die eigentliche Stimmung in den Ländern die erste Bundestagswahl gewann. *Adenauer*, so heißt es, war der größte und kühnste Revolutionär der neueren deutschen Geschichte.

Doch allen Verdiensten zum Trotz: Diesen Titel trägt er zu Unrecht. Denn der Revolutionär war *Ludwig Erhard*. Und *Adenauer* war, wenn man so will, der „fellow traveler“. Denn während sich *Adenauer* etwa den aus früherer Zeit stammenden Antibolschewismus der Mehrheit der Deutschen zunutze machen konnte und mit seiner autoritären Art durchaus älteren deutschen Verhaltensmustern entsprach – während sich also *Adenauer* in einigen Punkten auf seine Deutschen durchaus verlassen konnte, stand *Ludwig Erhard* mutterseelenallein auf weiter Flur. Der spätere Wirtschaftswunderliebling hatte, als er begann, alle gegen sich. Was er visionär wollte, war den Deutschen gänzlich unbekannt: eine freie Wirtschaft.

Es ist oft beschrieben worden, etwa in *Ralf Dahrendorfs* frühem Meisterwerk „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ aus dem Jahr 1965: Die deutsche Vorliebe für die Gemeinschaft, der die

kalte und als oberflächlich geltende Gesellschaft gegenüber gestellt wurde, hatte unter anderem auch zur Folge, dass man sich vor den explosiven Kräften von Industrie und Wirtschaft fürchtete und lange den alten, angeblich so harmonischen und warmen Zunftordnungen nachtrauerte. Wenn schon Wirtschaft, dann hätte man sie gerne eingehegt, eingebunden, staatlich reguliert und gezähmt gehabt. Dahinter stand die romantisch-nostalgische Furcht, Mensch und Gesellschaft seien im Grunde nicht in der Lage, in der revolutionsreichen Moderne zu bestehen, die tagtäglich Gegenwart zu Vergangenheit macht und Vertrautes entwertet. Es gab und gibt eine große Furcht vor dem Wesen von Modernisierungsprozessen: dass sie nicht nur Kontinuität, sondern Bruch sind, dass sie ungemütlich sind, dass sie nicht nur schaffen, sondern auch kräftig zerstören und im besten Falle produktive Zerstörungsprozesse sind.

Erhards unerschütterlicher Optimismus

Ihren monströsen Höhepunkt fand diese Zukunftsfurcht im Reich der Nazis. Willig begab sich eine sehr große Zahl von Deutschen in die Obhut einer gelenkten Wirtschaft, die „Kraft durch Freude“ versprach und den Einzelnen zum Glied einer großen Volksgemeinschaft zu machen schien. Diese Erwartung, geführt zu werden und nicht für sich selbst verantwortlich zu sein, war mit der Katastrophe von 1933 bis 1945 natürlich nicht verschwunden. Im Gegenteil, sie war nach diesem vollständigen Zusammenbruch, der alles Vorherige delegitimierte, größer denn zuvor. Wie in vielen der vollmundigen Reden an die Deutschen, die in den Jahren 1945 bis 1948 gehalten wurden, das Volk als Gesamtkörper angesprochen wurde, so dürstete eben auch die Bevölkerung nach Hilfe von außen, nach Führung und nicht zuletzt nach einer gelenkten Wirtschaft.

Schaut man sich die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Publikationen jener Zeit durch, dann fällt sofort auf, dass man sich von ganz links über die Mitte bis ganz nach rechts ziemlich einig darin war, dass mit der profitorientierten Wirtschaft ein Ende sein müsse und das Wohl der Gesamtheit Vorrang haben müsse vor dem Gewinnstreben der Unternehmer oder Unternehmen. Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft waren, bis weit in die CDU des Ahlener Programms hinein, die Stichworte der öffentlichen Debatte. Das wirtschaftli-

che Handeln in seiner Kraft einfach freizusetzen – das wäre jedem wie der reine Irrsinn, wie die reine Verantwortungslosigkeit erschienen.

Dagegen lief *Ludwig Erhard*, während des Krieges in kleinem Kreis ordnungspolitisch geschult und gefestigt, Sturm. Von Anfang an und nicht erst in seiner Zeit im Frankfurter Wirtschaftsrat warb er mit ungeheurer, nicht erschöpfbarer Energie für eine freie Wirtschaft, für ein möglichst schnelles Ende der Zwangswirtschaft, und er scheute sich dabei auch nicht, der Deregulierung das Wort zu reden. Es ist hier nicht der Ort, der Frage nachzugehen, wie zentral für *Erhard* die Verbindung von Markt und sozial gewesen war. Ganz offenkundig ist aber, dass er – der immer für ordnungspolitische Leitplanken war – in der Freiheit des wirtschaftlichen Handels das eigentliche Movens sah. Wie revolutionär das war, erkennt man an der umfassenden Gegnerschaft, die *Erhard* entgegenschlug – aber auch daran, dass seiner Vision noch jede Erdung fehlte, da sie in Deutschland nie auch nur im Geringsten den Wirklichkeitsbeweis hatte antreten können. Was *Erhard* vorschwebte, was er vorschlug, war reines Ideal, war revolutionäres Programm, alle Wirklichkeit schien er gegen sich zu haben. Was das bedeutete und welch geradezu urtümlicher Kraft seine unerschütterliche Zuversicht war, macht ein interessantes Tondokument deutlich.

Auf ihm ist eine öffentliche, vom Rundfunk übertragene Diskussion aufgezeichnet, die kurz vor der Währungsreform in Frankfurt am Main stattfand. Es ging um die Zukunft der Wirtschaft. Einer der Teilnehmer, *Erhard*, plädierte unverdrossen für das möglichst schnelle, in radikalem Schnitt zu vollziehende Ende der Zwangs- und Zuteilungswirtschaft. Er war damit im Saal ganz allein, denn er hatte das lauthals johlende Publikum ebenso gegen sich wie das gesamte, ziemlich umfangreiche Podium, auf dem neben Wissenschaftlern unterschiedlicher Couleur alle Parteien vertreten waren. Es war ein bisschen wie in den Hörsälen von 1968: von gelassener Diskussion keine Spur. Stattdessen viel lichterloh brennende Empörung und der geschlossene Wille fast aller Anwesenden, sich nicht auf *Erhards* Argumente – nämlich: freie Wirtschaft führt zu Wettbewerb und Preissenkungen, gelenkte Wirtschaft zum Gegenteil – einzulassen.

Der Diskurs war tief und ausschließlich moralistisch, und *Erhard* wurde als einer hingestellt, der im Namen einer obskuren Theorie bereit war, Ar-



beiter, Angestellte, Frauen, Kinder, Alte – also praktisch das gesamte deutsche Volk – der Verelendung zu überantworten. Es fehlte nicht viel, und *Erhard* wäre als kapitalistischer Volksschädling hingestellt worden. Hört man sich heute dieses Dokument an, kann man nur staunen über die Engelsgeduld, mit der *Erhard* nicht müde wurde, sein Argument wieder und wieder in Anschlag zu bringen. Und das spürte, aller Ablehnung zum Trotz, auch der Saal. Denn sein Optimismus, der ohne sektiererische Verbohrtheit, aber dennoch unerschütterlich war, hatte etwas Mitreißendes, Ansteckendes. Er wusste die große Kraft einer starken Idee auf seiner Seite. Und er hat in ganz und gar voluntaristischer Weise auf das Unwahrscheinliche, die Freiheit und das Vermögen der Menschen zur Freiheit, gesetzt.

Erhards Strategie klarer Worte

Erhard hat sich gegen viele Widerstände durchgesetzt. Und zwar mit listiger Realpolitik, sowohl den Deutschen wie den Amerikanern gegenüber auch auf dem Weg der Überrumpelung. Es scherte ihn nicht, dass er – bis fast zur Mitte der 1950er Jahre – trotz allen Respekts, der ihm dann doch entgegengebracht wurde, ausweislich der Meinungsumfragen außerordentlich unpopulär war. Nur 14 Prozent hatten zu Beginn der 1950er Jahre, also zwei Jahre nach der Währungsreform, eine gute Meinung von ihm; und fast die Hälfte der Westdeutschen sprach sich ein Jahr nach der Währungsreform grundsätzlich für die Planwirtschaft aus.

Überrumpelnd war *Erhard* in seiner Not auch gegenüber den Alliierten, sogar und vor allem gegenüber den eigentlich doch wirtschaftsliberalen Amerikanern, die den Deutschen den Weg in die Wirtschaftsfreiheit nicht zutrauten. Legendär geworden ist ein Bonmot gegenüber dem amerikanischen Oberbefehlshaber *Lucius D. Clay*, der mit *Erhards* Ansichten durchaus sympathisierte. Als der ihm vorhielt: „Alle meine Berater sind gegen Ihr Vorgehen“, entgegnete ihm *Erhard* trocken: „Meine Berater auch.“ Nicht belegt, aber wahrscheinlich ist eine weitere Antwort *Erhards*. Als er die Währungsreform genutzt hatte, mit ihr zugleich die Zwangsbewirtschaftung zu beenden und die Preise freizugeben, fragte ihn *Clay* besorgt, warum er denn die Preisvorschriften geändert habe. *Erhard* darauf so lakonisch wie selbstbewusst: „Ich habe sie nicht geändert, ich habe sie abgeschafft.“

Ludwig Erhards Handeln zeigt: Es gibt Situationen, in denen man ganz alleine ist und in denen man sich dem Druck der Mehrheit, die alle Evidenz auf ihrer Seite zu haben scheint, nicht beugen sollte. Genussvoll zitierte er später jene überwältigende Zahl von respektablen, ganz und gar seriösen Statistikern, die nach der Währungsreform voraus sagten, dass auf alle Deutschen in Zukunft alle fünf Jahre ein Teller kommen werde, alle zwölf Jahre ein Paar Schuhe und alle fünfzig Jahre ein Anzug. Es kam dann anders – und *Ludwig Erhards* Schriften liefern Seite um Seite Belege für eine Haltung, die heute unter dem Verdacht der Verantwortungslosigkeit steht: für die Freude darüber, dass tatsächlich eine gewaltige Wirtschaftsmaschine ansprang, welche die (West-)Deutschen in nie geahnter Fülle mit Gütern des Konsums und bisher unbekannter Daseinserleichterung versorgte. Kurz: *Ludwig Erhard* freute sich über den Fortschritt. Und er, der eigentliche Sieger der ersten Bundestagswahl, hat sich mit seiner Strategie der Polarisierung durchgesetzt – also mit einer Strategie klarer Worte und nicht gefällig vernebelter Differenzen im Grundsätzlichen. Auch das enthält, will mir scheinen, eine aktuelle Lehre.

Schwächen des Wirtschaftsliberalismus

Indes: *Ludwig Erhard*, der Sieger, ist auch ein Verlierer. Einmal im vordergründigen Sinn: Als die trizonale, dann bundesdeutsche Wirtschaftsmaschine lief, wurde er zwar als deren nun gütiger Vater weithin verehrt, seine Lehren zählten aber bald nicht mehr so viel. Um nur ein – freilich sehr wichtiges – Beispiel zu nennen: Als ab Mitte der 1950er Jahre die in der Tat dringend nötige Rentenreform vorbereitet wurde, warnte *Erhard* verzweifelt vor der dynamischen Rente, von der er schon damals sagte, sie würde die Deutschen noch sehr teuer zu stehen kommen. *Adenauer* wischte mit der ihm eigenen Chuzpe alle Einwände vom Tisch, und er, der wirtschaftspolitisch Unmusikalische, sagte auch klipp und klar, warum: Weil er die Bundestagswahl 1957 gewinnen wollte – was ihm dann ja auch überzeugend gelang. Wenn man will: Kaum zeichnete sich der Wohlstand ab, war die Lehre von der Freiheit, die immer auch anstrengend ist, nicht mehr gar so wichtig.

Dass sie aber, wie ich befürchte, in Deutschland nicht so tiefe Wurzeln geschlagen hat, hat jedoch noch einen anderen Grund. Er hat mit der – sagen

wir: gesellschaftspolitischen – Schwäche der wirtschaftsliberalen Freiheitsfreunde in Deutschland und anderswo zu tun. Von der Individualistin *Margaret Thatcher* ist, wenn auch nicht mit letzter Sicherheit, der Satz überliefert, so etwas wie Gesellschaft kenne sie nicht: Sie hielt das Wort für einen linken Kampf- und Nebelbegriff. Das sah *Ludwig Erhard* anders. Seine ganze Soziale Marktwirtschaft war zu dem Zweck eronnen worden, den Motor des Eigennutzes und des Wettbewerbs mit dem Ziel einer Gesellschaft ohne Klassenfraktionen in Einklang zu bringen. *Erhard* hat intensiv darüber nachgedacht – kam aber, wie ich denke, zu Lösungen, die zu kurz greifen. Zum einen neigte er dazu, den sozialen Ausgleich als das Abfallprodukt einer stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung anzusehen. Darin war er vielleicht jenen Denkern der Nachkriegszeit nahe, die annahmen, die rationalistische Konstruktion der emotional und ideologisch unterkühlten Bundesrepublik werde auf Dauer ein Gehäuse unpolitischen Funktionierens, ein Gehäuse unerschütterlichen So-Seins sichern.

Und zum anderen stand *Erhard* – trotz des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs – noch zu ungebrochen, noch zu zutraulich in der Sicherheit der abendländischen Tradition. Grob gesagt: Für die Werte, so mag er gedacht haben, wird wohl dank Gott und Patrimonium schon gesorgt sein. Am Tag nach der Währungsreform hielt er eine Rundfunkansprache, in der er – nach dem Wandeln am Abgrund der Planwirtschaft – eine aufkommende Ära der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit ankündigte. Der Ton der Rede ist altväterlich und ein wenig predigerhaft. Unter anderem fällt der Satz: „Das deutsche Volk ist heute ruhig und besonnen an seine Arbeit gegangen.“ Da schwingt doch noch etwas von jenem Anspornkollektivismus mit, der zu Zeiten der Nazis aus jedem Volksempfänger zu hören war. Keine Spur hier vom faktisch revolutionären Geist, der *Erhards* Handeln beflügelt hat. Keine Spur von Gesellschaftsfreudigkeit. Eher, wie oft in Deutschlands Vergangenheit: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Und: Der Bürger solle an die Arbeit gehen.

Rückbesinnung auf Adam Smith

Ich kann das hier nicht vertiefen, denke aber, dass der Wirtschaftsliberalismus – heute sicher gewandter und halbwegs polyglott geworden – den-

noch unter dieser frühen Schwäche nach wie vor leidet. Es ist ihm, auch mangels Bemühen, nicht wirklich gelungen, sein Argument in den großen neuzeitlichen Strom des Freiheitsdenkens, das ein antiautoritäres Denken ist, einzuspeisen und sich selbst von ihm beflügeln zu lassen. So steht er nur mit einem Bein in der modernen Welt. Als dieses Denken vor mehr als 200 Jahren auf den Weg kam, war es noch zweibeinig. Am sinnfälligsten macht dies vielleicht das Werk des alten *Adam Smith*. Fast über Nacht wurde er im Jahre 1776 in ganz Europa berühmt mit seinem wegweisenden Werk über den „Reichtum der Nationen“. Es ist sehr sachlich geschrieben. Doch aus fast jeder Zeile schlägt einem auch der verwunderte Jubel über die Entdeckung entgegen, dass die Verbesserung der Arbeitsteilung direkt zu steigendem Wohlstand der großen Mehrheit beitragen kann. Dieses rationalen Werks wegen gilt der Schotte *Adam Smith* als ein kühler Denker des Fortschritts, der angeblich der Überzeugung war, dieser marschiere allein im Takt des Eigensinns.

Dass dem nicht so war, beweist sein zweites Hauptwerk, die 1759, also 17 Jahre vor der „*Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*“ erschienene „*Theory of Moral Sentiments*“, das damals ebenfalls recht berühmt war, heute aber leider fast vergessen ist. Es ist ein Buch über die Kräfte, die Menschen zu moralisch verantwortlichem Handeln bewegen. Das Werk, in dem der Begriff der „Sympathie“ von zentraler Bedeutung ist, beginnt mit dem wunderbaren Satz: „Man mag den Menschen für noch so egoistisch halten, es liegen doch offenbar gewisse Prinzipien in seiner Natur, die ihn dazu bestimmen, an dem Schicksal anderer Anteil zu nehmen, und die ihm selbst die Glückseligkeit dieser anderen zum Bedürfnis machen, obgleich er keinen anderen Vorteil daraus zieht, als das Vergnügen, Zeuge davon zu sein.“

Diese Tonlage trifft der heutige Wirtschaftsliberalismus kaum, diesen geistigen Horizont erreicht er selten. Das ist, um des Zusammenhalts der Gesellschaft wie um der Freiheit willen, schade. Ich wünsche der Ludwig-Erhard-Stiftung die Kraft, die beiden Fäden von *Adam Smith* munter weiterzuziehen – und sich dabei von jenen nicht entmutigen zu lassen, die den Menschen im Allgemeinen und den Deutschen im Besonderen für ein Wesen halten, das zur Freiheit nicht fähig und willens ist. ■